

**Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin**

Ausschussbetreuender Fachbereich 4 – Bildung, Kultur, Schule und Sport	Datum 16.10.2001
	Schriftführer/in Barbara Hieronymi
	Telefon-Nr. 02202/14-467
Niederschrift	
Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport	Sitzung am 25.09.2001
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr – 20.05 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)
Sitzungsteilnehmer Siehe beigegefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnungspunkt	
Inhalt	
A <u>Öffentlicher Teil</u>	
1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit Seite 5	
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 12.06.2001 - öffentlicher Teil - Seite 5	
3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport vom 12.06.2001 - öffentlicher Teil - 522/2001 Seite 6	
4. Mitteilungen des Vorsitzenden Seite 6	
5. Mitteilungen der Bürgermeisterin Seite 6	

6. **VHS Halbjahresbericht 2001**
514/2001 Seite 6
7. **Entgelte für die VHS-Veranstaltungen für das Frühjahrsemester 2002**
515/2001 Seite 8
8. **Stadtarchiv Halbjahresbericht 2001**
516/2001 Seite 8
9. **Kunst- und Kulturbesitz Halbjahresbericht 2001**
517/2001 Seite 8
10. **Stadtbücherei Halbjahresbericht 2001**
518/2001 Seite 9
11. **Haus der Musik Halbjahresbericht 2001**
519/2001 Seite 10
12. **Bericht des Bürgerhauses Bergischer Löwe über das Theatersonderprogramm und das fremdsprachliche Theater**
524/2001 Seite 10
13. **Neufassung der Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung der Kulturarbeit in der Stadt Bergisch Gladbach**
521/2001 Seite 10
14. **Anerkennung des Vereins "tonart" als kulturtragender Verein**
525/2001
15. **Anerkennung des Stadtverbandes für Entwicklungszusammenarbeit**
526/2001 Seite 13
16. **Sonderförderung Kultur: Cherubini-Projekt des Chores ars musica**
621/2001 Seite 14
17. **Kostenermittlung zur Errichtung einer Verbundschule**
530/2001 Seite 14
18. **Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 14.06.2001 zum Projekt "Selbständige Schule"**

340/2001 Seite 15

- 19. Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 18.05.2001 zur Einrichtung von Kleinen Offenen Türen/ Jugendtreff und Offenen Türen/ Kinder und Jugendzentren in den Räumlichkeiten der weiterführenden Schulen der Stadt Bergisch Gladbach**

495/2001 Seite 16

- 20. Anträge der Fraktionen**

Seite 17

- 21. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Seite 17

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Dr. Mieke, eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung mit der Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit des Gremiums. Er begrüßt den 1. Beigeordneten Herrn Kotulla, Herrn Dr. Speer als neuen Fachbereichsleiter, die alten und neuen Mitglieder des Ausschusses, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und die Vertreter der Presse. Er meldet Herrn Farber als fehlend, Herrn Kleine, Frau Böhrs und Herrn Dr. Hammer als entschuldigt und vertreten durch Herrn Schneeloch, Herrn Bäumle-Courth und Herrn Becker.

Anschließend wird Frau Ursula Kolloch als stellvertretendes Mitglied der CDU-Fraktion und sachkundige Bürgerin eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzesmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

2 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird mit zwei folgenden Ergänzungen von Herrn Neu (SPD) einstimmig genehmigt:

zu Top A 17 Kündigung der Mitgliedschaft im Kultursekretariat NRW in Gütersloh

Der Beschluss ist wie folgt zu ergänzen (Ergänzung fett gedruckt):

„Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport stellt an den Hauptausschuss den Antrag, dass nach einer erneuten Beratung im Fachausschuss der Hauptausschuss über einen möglichen Wiedereintritt in die Mitgliedschaft beim Kultursekretariat NRW in Gütersloh **in einem Jahr** beraten und beschließen möge.“

zu TOP A 19 Neuordnung der Schuleinzugsbereiche für Realschulen:

Der 1. Absatz ist wie folgt zu ergänzen (Ergänzung fettgedruckt):

Herr Dr. Mieke regt für die SPD-Fraktion folgende Formulierung für einen Beschlussvorschlag in der kommenden Sitzung an: „Die beiden betroffenen Kommunen werden darüber informiert, dass die Stadt Bergisch Gladbach zukünftig nur noch einen Standort für auswärtige Realschulen anbietet, da nur dort das erforderliche Raumangebot bestehe. **In der kommenden Sitzung soll die Verwaltung ein Konzept zur Neuordnung der Schuleinzugsbereiche vorlegen, über das dann ein Beschluss notwendig wird.**“

3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport vom 12.06.2001 - öffentlicher Teil -**

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

4 **Mitteilungen des Vorsitzenden**

Der Vorsitzende macht keine Mitteilungen.

5 **Mitteilungen der Bürgermeisterin**

Mit Nachdruck weist Herr Kotulla auf die problematische finanzielle Lage der Stadt hin. Ursache für die Millionenlöcher sei das Wegbrechen der Gewerbe- und Einkommenssteuer. Es sei noch kein Ausgleich des Haushalts 2001 gelungen. Auch im kommenden Jahr sei ein Ende der schwierigen Haushaltssituation nicht in Sicht. Daher werden Kürzungen unumgänglich sein. Er bittet die Mitglieder des Ausschusses, keine Beschlüsse zu fassen, die Mehrausgaben bedeuten, da andernfalls ein Haushaltssicherungskonzept, das die Handlungsfähigkeit des Rates außer Kraft setze, zu erwarten sei.

Herr Dr. Speer begrüßt die Anwesenden und stellt sich als neuer Fachbereichsleiter vor. Er gibt den

Wechsel der Geschäftsführung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport bekannt: ab

sofort übernehme Frau Cüpper diese Aufgabe, während Frau Hieronymi weiterhin die Niederschriften

anfertigen werde. Diese Entlastung ermögliche Frau Hieronymi, sich intensiver dem kulturellen

Aufgabenbereich zu widmen. Anschließend liest er einen Brief von Frau Bergmann, der bisherigen

Koordinatorin Sport/Kultur, vor, in der diese sich für die langjährige und gute Zusammenarbeit im

Ausschuss bedankt. Frau Dr. Weil bedauert den Weggang von Frau Bergmann nach Leverkusen und

hofft auf eine Weiterführung der guten Arbeit durch den Nachfolger bzw. die Nachfolgerin.

6 **VHS Halbjahresbericht 2001**

Zunächst beantwortet Herr Ludwig einige Fragen von Herrn Schneeloch zu Begrifflichkeiten und Abweichungen in der Gewinn- und Verlustrechnung gegenüber dem Wirtschaftsplan. Dann bezieht sich Herr Schneeloch auf Kap. IV „Ausblick“ und möchte wissen, wieso die VHS bei bisher ausgeglichenem Finanzergebnis für die Zukunft Finanzdefizite erwarte und wie die VHS der städtischen Finanzlage, d.h. einer Kürzung des städtischen Betriebskostenzuschusses im Jahr 2002, Rechnung tragen werde. Er fragt, ob die Kostensteigerung im Bereich Personal und Energie über die normale jährliche Kostensteigerung hinausgehe und ob ein Ausgleich der Finanzdefizite wirklich für unrealistisch gehalten werde.

Herr Hirner nimmt dazu Stellung: Die VHS habe bereits in den letzten Jahres- und Halbjahresberichten auf die sich abzeichnende Entwicklung hingewiesen. Noch habe

man trotz des ständig sinkenden Betriebskostenzuschusses in den letzten drei Jahren von 1,65 Mio DM auf 1,3 Mio DM keine drastischen Eingriffe ins Programm und keine drastischen Entgelterhöhungen vornehmen müssen. Nur der Griff auf die Rücklagen könne, sollte es bei der angekündigten zwanzigprozentigen Verringerung des Betriebskostenzuschusses bleiben, die zu erwartenden Defizite noch ein bis zwei Jahre ausgleichen. Ein Grund sei die neu ausgewiesene Leistungsverrechnung: die VHS müsse z.B. neuerdings ein Mietentgelt für die Benutzung städtischer Räume für Veranstaltungen zahlen, ohne dafür einen Ausgleich durch eine Erhöhung des Betriebskostenzuschusses zu erhalten. Das Gleiche gelte für Tariferhöhungen im Personalbereich. Es sei fraglich, ob es gelinge, Drittmittel in der erforderlichen Höhe einzuwerben.

Herr Ludwig ergänzt: die VHS habe versucht, Defizite durch das Prinzip der Expansion unter Beachtung der Rentabilität auszugleichen, und bisher sei es ihr gelungen, ein marktgerechtes und sozialverträgliches und damit ausgeglichenes Angebot zusammenzustellen, d.h. sozial notwendige Bildungsangebote für Bildungsbenachteiligte kostengünstig und marktsichere Angebote entsprechend teurer anzubieten. Die VHS sei kontinuierlich kostengünstiger für die Stadt geworden. Doch die vorgesehene Streichung von 3 Personalstellen seien aus seiner Sicht unververtretbar, wenn der bisherige Standard gehalten werden solle. In Zukunft seien höhere Entgelte vor allem im Bereich Sprachen und EDV unausweichlich. Man werde verstärkt mit der Wirtschaftsförderung und mit Wirtschaftsunternehmen kooperieren und „Bildung auf Bestellung“ anbieten bzw. Bildungsmodule gegen Bezahlung weitergeben. Ob aber das Ziel der VHS, einerseits keine Defizite einzufahren, andererseits flächendeckend, innovativ und sozialverträglich zu arbeiten, in Zukunft aufrecht erhalten werden könne, sei bei weiteren personellen und finanziellen Kürzungen äußerst fraglich.

Herr Kotulla bescheinigt der VHS eine hervorragende Leistung, hält es aber für unvermeidlich, dass die VHS wie alle städtischen Eigenbetriebe, die auf Betriebskostenzuschüsse angewiesen und damit grundsätzlich defizitär seien, auch im kommenden Haushaltsjahr mit weniger Ressourcen auskommen müsse. Im Zuge einer Aufgabenkritik ohne Tabus müsse das Angebot der VHS auf das unbedingt Notwendige hinterfragt werden.

Ihre Fraktion, so ergänzt Frau Koshofer, wolle die VHS nicht strikt der Profitorientierung unterwerfen, halte aber eine Aufgabenkritik für unvermeidlich. Herr Köntje weist auf den Produktbereich 3 „Gesundheit“ hin: hier sei in einigen Bereichen der faire Wettbewerb mit den Vereinen nicht gegeben.

Herr Dehler lobt das bisher hohe Niveau der Bildungsangebote. Die aufgrund der Haushaltslage unausweichlichen Kürzungen sollten aber nicht auf Kosten von Elementarkursen, sozial Benachteiligten und älteren oder behinderten Menschen gehen.

Frau Scheerer weist auf den starken Rückgang der Teilnehmerzahlen hin und fragt nach Ursachen und Lösungsvorschlägen. Die Ursachen, erklärt Herr Hirner, seien einerseits in der allgemein schlechteren Wirtschaftslage zu finden: die Menschen seien zurückhaltender geworden Geld auszugeben. Andererseits habe sich die Zahl der Anbieter von Fortbildungsmaßnahmen und damit die Konkurrenz stark erhöht. Die Zahl der erteilten Unterrichtsstunden sei hingegen stark gestiegen; dies bedeute eine größere pädagogische Effizienz bei vielen Kursangeboten.

Herr Dr. Miede bietet der VHS die Hilfe des Ausschusses für die Haushaltsberatungen 2002 an. Er schlägt der VHS vor, für die nächste Sitzung des Ausschusses ein Konzept zu erarbeiten, das mögliche Wege aus den finanziellen Schwierigkeiten aufzeige.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
Auf Antrag der Leiterin des Hauses der Musik, Frau Himmelheber, die Konzertverpflichtungen hat, wird an diese Stelle die Aussprache über TOP A 11 vorgezogen. Protokollierung s. S. 10

7 Entgelte für die VHS-Veranstaltungen für das Frühjahrssemester 2002

Herr Dehler erklärt, dass die CDU-Fraktion der Entgelterhöhung vorbehaltlich der Haushaltsberatungen zustimme, und beantragt eine entsprechende Ergänzung der Beschlussfassung. Herr Köntje empfiehlt, da Gebührenerhöhungen zukünftig unausweichlich seien, diese im Bereich des Sport vorzunehmen.

Folgender **ergänzter** Beschluss wird einstimmig gefasst (Ergänzung fett gedruckt):

*Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport empfiehlt dem Rat, die Entgelte für das Frühjahrssemester 2002 **vorbehaltlich der Haushaltsberatungen** zu beschließen.*

8 Stadtarchiv Halbjahresbericht 2001

Auf Nachfrage von Herrn Baeumle-Courth zu den Personalausgaben erläutert Herr Dr. Eßer, dass die Personalkosten nachrichtlich vom FB 1 mitgeteilt werden und nicht Teil des Archivbudgets seien.

Herr Dr. Miede äußert sich erfreut über die Besuche des Stadtarchivs durch verschiedene Schulklassen und hofft, dass dieses Angebot noch von möglichst vielen Schulen genutzt wird.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

9 Kunst- und Kulturbesitz Halbjahresbericht 2001

Herr Dr. Vomm nimmt Stellung zum Besucherschwund von 2000 Besuchern im Vergleich zum Vorjahr: die Zahl sei nicht aussagekräftig, da in diesem Jahr der Ausstellungsschwerpunkt auf der 2. Jahreshälfte liege. Vor allem erwarte er viel Zulauf zur Ausstellung über Marilyn Monroe. Dennoch müsse von einem Besucherschwund ausgegangen werden, für die er nur teilweise Erklärungen finden könne. So teilen immer mehr Anbieter auch in der näheren Umgebung eine unveränderte Zahl von Interessenten. Das schwindende Budget lasse immer weniger Spielraum für Ausstellungen und eine ausreichende Öffentlichkeitsarbeit. Weder finanziell noch personell sei er in der Lage, Plakate, Inserate, Klassenführungen oder die Fortbildung der Lehrerschaft für Museumsführungen anzubieten. Er versuche, Kosten zu reduzieren durch die Kooperation mit anderen Museen, z.B. durch Übernahme von Produktionen, und Interessenten durch neue Formen der Ansprache, z.B. Frühstücksführungen, zu gewinnen.

Herrn Baeumle-Courth fallen die großen Schwankungen der Besucherzahlen auf.

Dies hinge möglicherweise, erläutert Herr Dr. Vomm, mit der unterschiedlichen Art der Angebote zusammen; Kölner Künstler hätten generell eine größere Fangemeinde. Aber selbst die Ausstellung „Zwischen Figur und Körper“ anlässlich der italienischen Wochen, die in anderen Städten 30.000 Besucher angezogen hat, habe in Bergisch Gladbach viel weniger Resonanz gefunden. Das Schulmuseum dagegen sei erfolgreich, was zum einen auf den engagierten Einsatz der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und zum anderen auf die Neugestaltung des Schulmuseums zurückzuführen sei.

Frau Dr. Weil weist daraufhin, dass die großen Kölner Museen ebenfalls mit Besucherschwund zu kämpfen hätten. Es sei eben die Frage, wie viel Kultur sich eine Stadt leiste. Sie regt wie Frau Koshofer an, verstärkt Kinder und Jugendliche ins Museum einzuladen und mehr Werbung für die Ausstellungen im Untergeschoss zu betreiben.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

10 Stadtbücherei Halbjahresbericht 2001

Frau Ziskoven möchte wissen, welchen Anteil die Stadtteilbüchereien an der Aufstockung des Medienetats haben und ob es ein Konzept gebe, wie die Kürzung des Betriebskostenzuschusses aufgefangen werden soll.

Frau Scheerer erkundigt sich wie, sich die Kürzung der Landesmittel im Jahr 2002 auf die Bücherei und insbesondere auf die Stadtteilbüchereien auswirken wird und ob die Standorte der Stadtteilbüchereien gesichert seien. Herr Schütz vermisst den inhaltlichen Bericht und fragt, an welcher Stelle im Zwischenabschluss die Anschaffung der Medien aufgeführt sei. Er wundert sich über die stark abweichenden Zahlen in der Übersicht Vergleich WPL und Halbjahresbilanz/Erfolgsplan bezüglich des Postens „Sonstige betriebliche Aufwendungen“.

Frau Rogge erklärt, dass für den Medienetat 211.000,00 DM zur Verfügung stehen, davon je 30.000,00 DM für die beiden Zweigstellen. Auf Antrag sei 2001 der Betriebskostenzuschuss nicht gekürzt worden. Wenn im Jahr 2002 die Landeszuschüsse entfielen, ginge dies zu Lasten des Medienetats. Hier müssten notwendige Einsparungen dadurch ausgeglichen werden, dass Schwerpunkte gesetzt werden. - Die „Sonstigen betrieblichen Aufwendungen“ in der GuV lägen deshalb gegenüber dem Wirtschaftsplan weit über dem Durchschnitt, weil bereits im 1. Halbjahr die EDV-Hardware- und Software für das neue Buchungssystem angeschafft werden musste, um in den Sommerferien die Umstellung durchführen zu können. Im August seien dann die Landesmittel angefordert und gezahlt worden, so dass der Ausgleich am Jahresende gewährleistet sei.

Frau Dr. Weil moniert die im Vergleich mit dem Medienetat hohen Personalkosten und regt an, ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen, um erweiterte Öffnungszeiten anbieten zu können.

Frau Rogge gibt zu bedenken, dass die komplexe EDV-Software eine längere Einarbeitungszeit erfordere und auf eine längere, professionelle und regelmäßige Mitarbeit Verlass sein müsse; dies sei bei ehrenamtlicher Mitarbeit nicht immer gegeben.

Herr Dr. Miege schlägt der Stadtbücherei ebenso wie der VHS vor, für die nächste Sitzung des Ausschusses ein Konzept zu erarbeiten, das mögliche Wege aus den finanziellen Schwierigkeiten aufzeige.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

11 Haus der Musik Halbjahresbericht 2001

Auf Bitte von Frau Himmelheber, die Konzertverpflichtungen hat, wird dieser TOP vor TOP A 7 behandelt.

Herr Dr. Miede lobt die Stabilisierung der Konzertbesucher auf hohem Niveau und die steigenden Besucherzahlen bei den Rathauskonzerten. Er erkundigt sich, auf welche Weise das Haus der Musik die Kürzung des Betriebskostenzuschusses auffangen wolle. Frau Himmelheber sieht nur die Möglichkeit, die Wartung und Reparatur von Instrumenten bis zum 31.12.2001 hinauszuzögern.

Herr Dehler sucht eine Erklärung für den großen Unterschied im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Dies sei darauf zurückzuführen, dass um der Vergleichbarkeit der Zahlen der Jahresabschlüsse willen die Abschreibungen zum ausgewiesenen Überschuss hinzuaddiert worden seien.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

12 Bericht des Bürgerhauses Bergischer Löwe über das Theater Sonderprogramm und das fremdsprachliche Theater

Auf die Frage von Frau Dr. Weil, welche Erfahrungen das Theater bisher mit den Schulen gemacht habe, bezeichnet Herr Aurich die Zusammenarbeit als schwierig und verbesserungswürdig.

Frau Ziskoven erkundigt sich, in welcher Höhe Mittel im Sonderfond noch vorhanden seien, ob die durch die Haushaltskürzung entstandene Kostenlücke zu schließen sei und was ursprünglich mit diesen Mitteln geplant war. Diese Mittel, erläutert Herr Aurich, seien als Rücklage für besondere Veranstaltungsprojekte vorgesehen gewesen, dienten nun aber dazu, die angekündigten Streichungen im Haushaltsjahr 2002 aufzufangen. Es stelle sich die Frage, wie Kürzungen in den folgenden Jahren aufgefangen werden sollen, wenn diese Rücklage aufgebraucht sei.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

13 Neufassung der Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung der Kulturarbeit in der Stadt Bergisch Gladbach

Herr Dr. Miede lobt die aussagekräftige und präzise Vorlage, die einen Beschluss nahelege, ob neue Richtlinien erarbeitet werden sollen oder nicht. Unklar sei ihm aber in der Vorlage (S. 89) das Rechenbeispiel über die Bezuschussung des Fotoclubs.

Frau Hieronymi korrigiert die Summe auf 750 DM und merkt an, dass die angegebenen Prozentzahlen ein Vorschlag und damit verhandelbar seien. Sie erläutert die Intention der Verwaltung, die mit dieser Vorlage zunächst die Praxis der augenblicklichen Kulturförderung, ergänzt durch einige Daten, darstellen und mögliche neue Verfahrensweisen vorschlagen wolle. Die Verwaltung vermisse klare Vorgaben und kulturpolitische Richtlinien über die Ziele von Kulturförderung. Welche Ziele sollen mit der Kulturförderung, gerade auch mit der Förderung der freien Kulturszene, erreicht werden, welche Schwerpunkte sollen eventuell gesetzt werden? Nach welchen Kriterien solle ein Verein als kulturtragend anerkannt werden und nach welchen Gesichtspunkten Projekte in welcher Höhe gefördert werden? Die

Gefahr einer gewissen Beliebigkeit und Zufälligkeit sei gegeben. Der Entwurf neuer Richtlinien sei arbeitsaufwendig und mache nur Sinn, wenn seitens der Politik ein klarer Auftrag erteilt werde.

Herr Kotulla stellt klar, dass sowohl in 2001 als auch in 2002 von einer 20%igen Kürzung der Haushaltsansätze von 2001 auszugehen ist.

Die CDU-Fraktion hält neue Richtlinien für überflüssig:

- Herr Kierspel erkundigt sich, ob die einzelnen Haushaltsansätze für die kulturelle Förderung wenigstens in der jetzigen Höhe auch in den nächsten Jahren gehalten werden könnten, er befürchte weitere Kürzungen. Wenn nicht mehr zu verteilen sei, machten auch neue Richtlinien keinen Sinn. Er hält die Einteilung der Vereine in bestimmte Kategorien für schwierig und konfliktträchtig und möchte bei der Förderung von Vereinen keine Qualitätsmaßstäbe anwenden. Hier gehe es nur um eine Anerkennung, die Höhe der Förderung sei unwesentlich, solange nicht deutlich mehr Geld zur Verfügung zur Verfügung stehe. Bei der Sonderförderung Kultur hingegen möchte er Kriterien anwenden.
- Frau Dr. Weil bezweifelt, dass bei der augenblicklichen Finanzsituation überhaupt von Förderung gesprochen werden kann; eher handle es sich um Anerkennung und Ermutigung und gelegentliche Projektförderung. Man solle besonders das Schulmuseum und die Artothek fördern, die dank der ehrenamtlichen Arbeit viel Anklang fänden. Sie befürchte durch neue Richtlinien Mehrarbeit für die Verwaltung, die höhere Personalkosten nach sich ziehen werden; dies sei bei der augenblicklichen Finanzlage der Stadt nicht vertretbar.
- Herr Nagelschmidt sieht wegen der geringen Finanzmittel keine Notwendigkeit, Richtlinien zu erlassen, denn bisher seien die Vorlagen der Verwaltung immer aussagekräftig und die Beschlussvorschläge ausreichend begründet gewesen, um eine klare Entscheidung im Ausschuss treffen zu können. Durch diese Verfahrensweise werde im Gegensatz zum Verwaltungsakt Öffentlichkeit hergestellt; von Klientelförderung könne keine Rede sei.
- Herr Dehler hält den Grundförderbetrag für viele Vereine für notwendig; schon eine Kürzung auf 400 DM gefährde die Existenz kleinerer Vereine.

Die übrigen Fraktionen plädieren für neue Richtlinien:

- Herr Baeumle-Courth hält neue Richtlinien unabhängig von den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln für notwendig. Nach welchen Kriterien solle man denn welche Vereine in welcher Höhe fördern? Sollen nur die alten weiter gefördert und neue nicht mehr zugelassen werden, damit der Kuchen nicht in noch kleinere Stücke geteilt werden müsse?
- Mit Hinweis auf die Sportförderrichtlinien kritisiert Herr Neu (SPD) die Praxis, den Ausschuss ständig mit Einzelanträgen zur Kulturförderung zu belasten; dies könne überwiegend Verwaltungssache bzw. Verwaltungsakte sein, wenn es denn Richtlinien mit klaren Entscheidungsvorgaben gäbe. Durch die bisherige Praxis entstände immer wieder der Eindruck der Klientelförderung. Auch Frau Koshofer hält Richtlinien für sinnvoll, da die Anerkennung als kulturtragender Verein bisher immer mit finanzieller Förderung verbunden sei.
- Herr Schütz begrüßt ebenso wie Frau Ziskoven den Vorschlag der Verwaltung und hält Richtlinien für dringend notwendig. Es stünden immerhin $\frac{1}{4}$ Million an Kulturförderung zur Verfügung. Das bisher angewandte Gießkannenprinzip bei der Vereinsförderung hält er für fragwürdig. Die Einteilung in Kategorien sollte nach objektiven Kriterien durchgeführt werden. Durch klare Vorgaben für die Verwaltung

sollen dem Ausschuss in Zukunft Detaildiskussionen erspart bleiben.

- Herr Dr. Miege gibt vorübergehend den Ausschussvorsitz an Herrn Dehler ab und hält als SPD-Mitglied ein Plädoyer für neue Richtlinien: 58 zu fördernde Vereine bei steigender Tendenz seien zuviel, erst recht bei sinkendem Budget. Die Zuschusshöhe verringere sich automatisch für die einzelnen Vereine. Der Verwaltung solle eine Handhabe zur eindeutigen Beurteilung und Entscheidung an die Hand gegeben werden, gegebenenfalls könne eine Kenntnisnahme im Ausschuss erfolgen. Er begrüße die Vorschläge zur Vereinsförderung und zur Projektförderung (S. 88 – 90 Ziff. 3) uneingeschränkt, da es sich um praktikable Größenordnungen handle. Der Ausschuss lege einmal die Kategorien und jährlich die Prozentsätze fest, der Rest sei laufendes Geschäft der Verwaltung. Dem Ausschuss sei es nicht zuzumuten, sich ständig mit Einzelvorschlägen auseinander zu setzen, und die Verwaltung müsse vor nicht sinnvollen Tätigkeiten geschützt werden.

Nach diesem Plädoyer übernimmt Herr Dr. Miege wieder den Ausschussvorsitz.

- Herr Baeumle-Courth stimmt diesen Ausführungen zu: niemand wolle Klientelpolitik, sondern sinnvolle Förderung. Es müsse grundsätzlich entschieden werden, ob weitere Vereine aufgenommen werden sollen, und ob die Anerkennung als kulturtragender Verein automatisch an eine finanzielle Förderung gekoppelt sein solle.

Frau Hieronymi bekräftigt noch einmal die Bereitschaft der Verwaltung, einen Entwurf neuer Richtlinien zu erarbeiten, der Ziele von Kulturförderung formuliere, Förderkriterien zur Beurteilung von Vereins- und Projektarbeit erarbeite und den Verwaltungsaufwand in vertretbaren Grenzen halte. Dieser Entwurf sei mit den kulturellen Einrichtungen und Initiativen abzustimmen und dann dem Ausschuss zur Diskussion und Entscheidung vorzulegen. Sie verweist auf die Förderphilosophie von Land, Bund und EU, die überwiegend Projekte fördern. Durch eine Kürzung der institutionellen Förderung zugunsten von Projektförderung könne in Bergisch Gladbach durchaus auch bei gekürzten Haushaltsansätzen Spielraum für Kulturförderung geschaffen werden.

Herr Dr. Miege bezieht sich auf S. 86, 3. Abschnitt der Vorlage und lässt den Ausschuss über die Frage, ob neue Richtlinien erstellt werden sollen, abstimmen.

Folgender Beschluss wird **mehrheitlich** mit den Stimmen der CDU abgelehnt:

Für die kommende Sitzung am 27.11.2001 legt die Verwaltung einen Entwurf für neue Richtlinien vor, der auch die Grundsätze der Kulturförderung enthalten soll.

14 Anerkennung des Vereins "tonart" als kulturtragender Verein

Frau Scheerer fragt nach, ob irgendwo festgelegt sei, dass Vereine erst nach einjährigem Bestehen und auf Grund öffentlicher Aktivitäten als kulturtragend anerkannt werden. Dies verneint Frau Hieronymi; da die Richtlinien von 1992 nicht mehr gelten, orientiere sich die Verwaltung in ihrem Beschlussvorschlag an der bisher geübten Praxis und versuche, ihn sachlich zu begründen bzw. weitere Argumente aufzuführen.

Herr Nagelschmidt empfiehlt, dem Vorschlag zu folgen, da die Argumente sachlich nachvollziehbar seien.

Folgender Beschluss wird **einstimmig** bei drei Enthaltungen gefasst:

Die Anerkennung des Vereins „tonart“ als kulturtragender Verein wird bis auf weiteres zurückgestellt.

15 Anerkennung des Stadtverbandes für Entwicklungszusammenarbeit

Frau Hieronymi erläutert, dass auch bei diesem Beschlussvorschlag klare Vorgaben durch Förderrichtlinien fehlen. In der bisher geübten Praxis seien aber nur solche Vereine als kulturtragend anerkannt worden, die in ihrer Satzung die Förderung von Musik, Literatur und bildender Kunst als Vereinsziel formuliert haben und selbst aktiv kulturell im Bereich der bildenden Kunst, der Literatur, der Musik und in der Pflege heimatlichen Brauchtums tätig sind oder die städtischen kulturellen Einrichtungen als Fördervereine unterstützen oder laut Satzung die Pflege von Kultur als primäres Ziel angegeben und zu ihren Veranstaltungen auswärtige Referenten einladen, wie z.B. die Goethe-Gesellschaft.

Die Zielsetzung des Stadtverband für Entwicklungszusammenarbeit sei jedoch, wie in der Vorlage beschrieben, primär eine andere. Allerdings organisiere der Stadtverband viele kulturelle Veranstaltungen, die dem Ziel dienen, das Verständnis für die Eigenart, die wirtschaftliche und finanzielle Situation und die Geschichte anderer Völker zu wecken. Damit trage der Stadtverband für Entwicklungszusammenarbeit sehr wohl zu einer Bereicherung der Kulturszene in der Stadt Bergisch Gladbach bei, weshalb die Verwaltung vorschläge, die Kulturprojekte selbst aus Mitteln der Sonderförderung Kultur zu unterstützen. Eine Anerkennung des Stadtverbandes für Entwicklungszusammenarbeit als kulturtragender Verein sei zwar grundsätzlich denkbar, bedeute aber eine Ausweitung der bisherigen Handhabung und ziehe weitere Anerkennungen von Vereinen, die kulturelle Veranstaltungen organisieren, aber primär einen anderen Vereinszweck haben, nach sich. Eigentlich sei eine Diskussion notwendig, welche Ziele man mit Kulturförderung erreichen wolle. Integration von ausländischen Mitbürgern, Abbau von Vorurteilen gegenüber anderen Kulturen und Denkweisen seien gerade auch vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse in den USA von überragender Bedeutung. Hier könnten kulturelle Veranstaltungen einen wichtigen Beitrag leisten.

Herr Kotulla ergänzt, dass bereits städtische Gelder zur Förderung kommunaler Entwicklungsarbeit an den Stadtverband fließen, die Stadt selbst Mitglied im Stadtverband sei und dessen Arbeit damit öffentlich anerkenne.

Herr Dehler beantragt eine Vertagung der Entscheidung auf die nächste Sitzung, da am heutigen Tag ein Schreiben des Stadtverbandes in seiner Fraktion eingetroffen sei, das erst noch diskutiert werden müsse.

Herr Schneeloch stellt fest, dass der Kulturbegriff schwer fassbar sei. Wenn ein Verein völkerverbindende Ausstellungen und Feste organisiere, könne er auch als kulturtragender Verein anerkannt werden, auch wenn seine Satzung primär eine andere Zielvorgabe angebe. Hier mache sich wieder das Fehlen von Förderrichtlinien bemerkbar.

Herr Baeumle-Courth unterstützt den Vorschlag von Herrn Dehler auf Vertagung des Beschlusses. Es sei notwendig, in diesem Ausschuss über den Begriff Kultur zu streiten, um Kriterien für die Anerkennung von kulturtragenden Vereinen festzulegen. Es gehe im Übrigen dem Stadtverband weniger um den jährlichen Zuschuss, sondern mehr um die öffentliche Anerkennung, dass er ein wichtiger, eben auch kulturtragender Verein sei. Man solle generell die Anerkennung als kulturtragender Verein nicht zwingend mit einem jährlichen Zuschuss koppeln. Organisatorische oder

räumliche Hilfe z.B. bei der Öffentlichkeitsarbeit oder durch das Bereitstellen von Räumen seien städtischer Beitrag zur Förderung eines Vereins.

Herr Schütz beantragt ebenfalls die Vertagung auf die nächste Sitzung. Man müsse grundsätzlich über den eigenen Kulturbegriff nachdenken. Im Übrigen sei Deutschland inzwischen ein Einwanderungsland und zunehmend multikulturell. Dem müsse auch eine Kulturförderung Rechnung tragen.

Herr Dr. Miede lässt über den Antrag von Herrn Dehler, die Entscheidung auf die nächste Sitzung zu vertagen, abstimmen.

Folgender Beschluss wird **einstimmig** gefasst:

Der Beschluss wird auf die kommende Sitzung des Ausschusses am 27.11.2001 vertagt.

16 Sonderförderung Kultur: Cherubini-Projekt des Chores ars musica

Da vermutlich ausschließlich die Stadt Bergisch Gladbach das Konzert mit Fördermittel unterstütze, hält Herr Kierspel es für wünschenswert, dass sämtliche Aufführungen in verschiedenen Stadtteilen Bergisch Gladbachs stattfinden sollten. Frau Hieronymi wendet ein, dass erfahrungsgemäß auch viele Bergisch Gladbacher Einwohnerinnen und Einwohner z.B. das Konzert im Altenberger Dom besuchen werden.

Folgender Beschluss wird **einstimmig** gefasst:

Der Chor „ars musica“ erhält aus den Mitteln der „Sonderförderung Kultur“ (Hst. 1.300.717.24) einen Projektzuschuss für die Aufführung des Requiems c-moll von Luigi Cherubini in Höhe von 1.450,00 DM.

17 Kostenermittlung zur Errichtung einer Verbundschule

Herr Kotulla erläutert, dass die Gesamtfinanzierung der Verbundschule nach wie vor unklar sei und sicher nicht kostenneutral. Bisher sei die Wilhelm-Wagener-Schule und die Schulen für sprachbehinderte und für erziehungsschwierige Kinder eine Kreiseinrichtung. Durch die Einrichtung einer Verbundschule kämen vor allem wegen des notwendig werdenden Erweiterungsbaus auf die Stadt deutlich höhere Belastungen zu. Schon für das eigene Neubauprogramm und notwendige Sanierungsmaßnahmen an anderen städtischen Schulen stehen nicht genügend Mittel zur Verfügung. Die vom Land zu erwartende Schulbaupauschale werde nicht ausreichen, die vom Rat bereits beschlossenen Neubau- und Sanierungsmaßnahmen durchzuführen. Unter diesen Voraussetzungen sehe er als Kämmerer keine Möglichkeit, eine neue Maßnahme in den städtischen Haushalt einzustellen.

Herr Dehler bestätigt, dass bei der Einrichtung einer Verbundschule Kostenneutralität nicht zu erreichen sei, da ein Teilneubau auf dem Gelände Wilhelm-Wagener-Schule errichtet werden müsse, um auch die sprachbehinderten Kinder aufnehmen zu können. Ohne eine Verbundschule werde der Kreis aber für die erziehungsschwierigen Kinder in Rösrath eine Sonderschule mit einem

Kostenvolumen von ca. 9 Mio DM bauen. An diesen Kosten müsse sich die Stadt Bergisch Gladbach ebenfalls beteiligen. Dies hätte dann zur Folge, dass auch die jüngeren Kinder nicht mehr schulnah betreut werden könnten, sondern in Spezialbussen nach Rösrath gefahren werden müssten. Dies sei bei erziehungsschwierigen Kindern besonders kostenintensiv. Diese Kinder werden zurzeit in der Wilhelm-Wagner-Schule für lernbehinderte Kinder mitbetreut, eine Mehrarbeit, die vom Kollegium und Verwaltungspersonal auf Dauer nicht getragen werden könne. Aus den angeführten Gründen finanzieller, organisatorischer und pädagogischer Art sei es sinnvoller, eine Schule auf stadteigenem Gelände zu errichten.

Herr Schneeloch schließt sich den Ausführung von Herrn Dehler an. Das Land NRW habe die Einrichtung von Verbundschulen beschlossen. Der Regierungspräsident werde auf Dauer das Provisorium Sprachheilschule in Paffrath nicht mehr genehmigen. Eine Verbundschule, an welchem Ort auch immer, werde kommen.

Herr Kotulla betont, dass er nicht an dem pädagogischen Nutzen einer Verbundschule zweifele, aber die Stadt habe den Kreditrahmen ausgeschöpft. Jede Neuverschuldung müsse auf dem Kapitalmarkt ausgewiesen und aus dem Verwaltungshaushalt bezahlt werden, in diesem aber fehlten schon Millionen. Er sehe als Kämmerer keine Möglichkeit, diese neue Maßnahme zu finanzieren.

Herr Dr. Miede hält die Errichtung einer Verbundschule für sinnvoll; zudem sei es noch unklar, wie lange die Bezirksregierung das Provisorium „Sprachheilschule“ in Paffrath genehmigen werde. Er regt an, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen, die „nach Auswertung der Neuregelung eine kleine Prioritätenliste der gewünschten und geplanten Neubauten“ erstellen wolle, in die auch der Teilneubau der Wilhelm-Wagner-Schule integriert sei. Diese Liste solle möglichst in der kommenden Ausschusssitzung vorgestellt werden.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

18 Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 14.06.2001 zum Projekt "Selbständige Schule"

Herr Dr. Speer gibt bekannt, dass bisher folgende Schulen am Projekt „Selbständige Schulen“ teilnehmen möchten: das Albertus-Magnus-Gymnasium, das Otto-Hahn-Gymnasium, die Realschule Herkenrath und die Johannes-Gutenberg-Realschule. Vier Grundschulen, die KGS Eichelstraße, die EVG Gartenstraße, die GG Bensberg und die KGS Frankenforst zeigten Interesse, hätten aber noch Beratungsbedarf, ob Grundschulen an dem Projekt teilnehmen können. Er betont, dass eine Anmeldung weder bedeute, dass man in den Kreis der ausgewählten Schulen komme, noch dass die Bedingungen, die das Land im Januar eventuell vorlege, akzeptiert werden müssen. Diese seien dann genau zu prüfen.

Herr Dehler begrüßt für die CDU-Fraktion die Teilnahme Bergisch Gladbacher Schule an diesem Projekt und dankt Herrn Dr. Speer für die bereits ergriffene Initiative. Er befürchte aber, dass sich das Land in finanzieller Hinsicht zurückhalten werde. Bisher seien vom Land 3 Mio DM und von der Bertelsmannstiftung 1 Mio DM vorgesehen, eine Summe, die langfristig vermutlich nicht ausreichen werde. Er äußert Bedenken hinsichtlich des Kooperationsvertrags. Nach seiner Meinung werden die Mitbestimmungsrechte des Personalrates des Kollegiums verschlechtert; dies könne einen Qualitätsverlust in der schulischen Arbeit bedeuten. Der künftige Lehrerrat könne möglicherweise gegen die Schulleitung tätig werden, die Dienstvorgesetzte sei.

Frau Koshofer ist erfreut, dass der Antrag ihrer Fraktion von der Verwaltung umgesetzt wird und weiß das Projekt in guten Händen.

Herr Dr. Mieke bittet Herrn Dehler, die Sitzungsleitung zu übernehmen, da er für die SPD-Fraktion eine Stellungnahme abgeben wolle.

Als Schulleiter halte er das Projekt für einen hervorragenden Versuch, die Qualität von Schule zu steigern. Neben positiven Ansätzen sehe er jedoch eine Reihe von Kritikpunkten, an deren Lösung seine Fraktion gerne mitwirken wolle:

- Es sei nicht akzeptabel, dass eine einfache Mehrheit bei Beschlüssen der Lehrerkonferenz ausreiche.
- Die Vorschläge zum „Arbeitsfeld Personalbewirtschaftung“ seien mit der augenblicklichen Gesetzeslage nicht zu vereinbaren; der Schulleiter sei bisher nicht Dienstvorgesetzter. Hier müsse eine Gesetzesänderung erfolgen.
- Der Personalrat werde identisch mit dem Lehrerrat. Bisher habe der Lehrerrat eine Vermittlungsfunktion zwischen Lehrerkollegium und Schulleitung eingenommen. Eine unmittelbare Einflussnahme des Lehrerkollegiums sei so nicht mehr möglich.
- Die Einwerbung von Drittmitteln durch Fördervereine, aus Sponsoring-Aktivitäten und sonstigen Zuwendungen Dritter könnten u.U. zu gravierenden Einflüssen führen, die dem pädagogischen Auftrag von Schulen, die der absoluten Neutralität verpflichtet seien, nicht angemessen sein. Auch habe nicht jede Schule die gleiche Chance, solche Drittmittel einzuwerben.

Er stimme den Hinweis von Herrn Dr. Speer zu, dass das „ob“ und „wie“ der Finanzierung vor einer endgültigen Teilnahme kritisch zu prüfen sei. Die Teilnahme an dem Projekt „Selbständige Schule“ müsse für die Stadt zu finanzieren sein. Daher schlage er vor, den Beschlussvorschlag der Verwaltung um folgenden Satz zu ergänzen: „Die endgültige Teilnahme hängt von der Kostenermittlung der Stadt und dem städtischen Haushalt im Jahr 2002 ab.“

Herr Dehler schließt sich für die CDU-Fraktion dem Ergänzungsvorschlag an.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport empfiehlt dem Rat folgenden **ergänzten** Beschluss (Ergänzung fett gedruckt):

*Die Stadt Bergisch Gladbach bewirbt sich für die Teilnahme einiger Schulen in städtischer Trägerschaft an dem Modellprojekt „Selbständige Schule“ des Ministeriums für Schule, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel. **Die endgültige Teilnahme hängt von der Kostenermittlung der Stadt und dem städtischen Haushalt im Jahr 2002 ab.***

19 Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 18.05.2001 zur Einrichtung von Kleinen Offenen Türen/ Jugendtreff und Offenen Türen/ Kinder und Jugendzentren in den Räumlichkeiten der weiterführenden Schulen der Stadt Bergisch Gladbach

Die SPD-Fraktion stimme dem Antrag zu, erklärt Herr Neu, sehe jedoch große Schwierigkeiten in der Umsetzung. Schon vor vielen Jahren habe man versucht, in Herkenrath entsprechende Möglichkeiten zu schaffen. Es sei immer entweder an fehlenden Räumlichkeiten oder an der Finanzierung der Personalkosten oder an beidem gescheitert. Auch die Frage des Hausrechts sei nicht einfach zu lösen.

Herr Nagelschmidt weist in diesem Zusammenhang auf den Brief des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums über die Graffiti-Verunstaltungen hin: wer beaufsichtige in

ausreichendem Maße die Kinder und Jugendlichen und verhindere Beschädigungen in und an Schulgebäuden?

Herr Dehler hält eine solche Einrichtung in Herkenrath für sinnvoll. In Refrath und Moitzfeld hingegen sei das Problem durch Jugendeinrichtungen gelöst: in Moitzfeld durch das „Haus für die Jugend“ und in Refrath durch die „Kleine offene Tür (ROT)“. Die Wilhelm-Wagener-Schule z.B. arbeite intensiv mit der ROT und der AWO zusammen. Eine Vernetzung von Schule und Sozial- wie Jugendeinrichtungen sei notwendig.

Folgender Beschluss wird **einstimmig** gefasst:

- 1. Bei neuen Standorten für die Offene Kinder- und Jugendarbeit sollen immer auch die Möglichkeiten weiterführender Schulen geprüft werden.*
- 2. Bei anstehenden Sanierungen im Grundschulbereich ist zu prüfen, ob modellhaft eine Schule geschaffen werden kann, die Schule und nachunterrichtliche Betreuung unter Einbeziehung der Fördermöglichkeiten aus dem Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder und den verschiedenen Förderprogrammen der Landesregierung verknüpft.*

20 Anträge der Fraktionen

Es liegen keine weitere Anträge vor.

21 Anfragen der Ausschussmitglieder

Es werden folgende Anfragen zur schriftlichen Beantwortung gestellt:

von Herrn Neu (SPD):

1. zum Neubau einer Turnhalle in Herkenrath: Herr Neu nimmt Bezug auf die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 50.000 DM für den Neubau einer Turnhalle in Herkenrath und möchte wissen, wie weit die Planungen gediehen seien.
2. zur Erweiterung des Schulzentrums Herkenrath: ob diese im Schulentwicklungsplan berücksichtigt sei, wenn ja, wann an diese Erweiterung gedacht sei, und ob die Stadt im Besitz von Grundstücken sei, die eine sinnvolle Erweiterung erlauben.

von Herrn Nagelschmidt:

1. zu den Toilettenanlagen in weiterführenden Schulen: ob eine Bewirtschaftung von Schultoiletten ähnlich wie in der Gesamtschule Holweide auch an Bergisch Gladbacher Schulen - eventuell in Zusammenarbeit mit den Fördervereinen – möglich sei? Dies könne den städtischen Reparaturretat entlasten.
2. zum Personalbestand der Stadtbücherei: Herr Nagelschmidt bittet um die Aufstellung des Personalbestandes, sortiert nach Qualifikation und Verteilung auf die einzelnen Standorte und ergänzt durch die durchschnittlich zu leistenden Sollstunden

der MitarbeiterInnen und Angaben zu „SpringerInnen“ zwischen den einzelnen Standorten. Außerdem bittet er um die durchschnittlichen wöchentlichen Ausleihzahlen der einzelnen Standorte.

von Frau Münzer

zum Deutschttest für ausländische MitbürgerInnen, die einen Einbürgerungsantrag stellen: Wie hoch sei hier die Durchfallquote, wer führe diese Tests durch (Mitarbeiter des Ausländeramtes, sachkundiges Personal...)?

von Herrn Willnecker

zum Buchbestand der Stadtteilbücherei Paffrath: bekanntermaßen sei der Buchbestand total veraltet. Wie könne hier Abhilfe geschaffen werden?

von Herrn Köntje

zum Sportstättenbau: laut Mitteilungen des Städte- und Gemeindebundes vom 5.5.2001 unter der Überschrift „Zusätzliche Mittel für den Sportstättenbau“ seien die Mittel um 6,1 Mio DM auf 13,6 Mio DM aufgestockt worden. Ob es im städtischen Haushalt noch diesbezüglich zweckgebundene Mittel gebe und Spielraum bestehe, Landesmittel abzurufen.

von Dr. Miede

zur Einzäunung von Schulen: Herr Dr. Miede bezieht sich auf den Brief des städtischen Gymnasiums, und fragt, welche Kosten auf die Stadt zukäme. Es gebe einen Ratsbeschluss, die Schulen nachmittags für die Öffentlichkeit zu öffnen. Der Antrag auf eine Einzäunung der Schulen liefe letztlich auf eine Rücknahme dieses Ratsbeschlusses hinaus.

von Herrn Schütz

1. zum Projekt „Betrieb und Schule“: ob die Stadt sich daran beteilige?
2. zur Qualifikation der LehrerInnen im Bereich Software/Hardware/Internet: ob diese ausreichend durch Weiterbildungsmaßnahmen qualifiziert seien?
3. zur Medienbeschaffung der Stadtbücherei: ob die Medien über Verlage, Grossisten oder die örtlichen Buchhandlungen erfolge?

von Frau Scheerer

1. zum Ganztagsangebot der Grundschulen: Frau Scheerer bittet um eine Übersicht über verlässliche Ganztagsangebote von 8.00 Uhr – 13.00 Uhr in den Grundschulen.

2. zur Qualität von Weissenberger-Bauten: Die Sanierung des Paffrather Schwimmbades habe gezeigt, dass die Dicke der Betondecke nicht den Vorschriften entsprochen habe. Da mehrere städtische Gebäude durch den gleichen Unternehmer (Firma Weissenberger) errichtet worden seien, müsse nachgeprüft werden, ob die Betondecken in diesen Bauten den Vorschriften entsprechen und genügend tragen. Sie bittet um einen entsprechenden Bericht.

3. zu „Lernen mit Neuen Medien“: Frau Scheerer bittet um eine Kostenaufstellung, welche Summe die Stadt erhalten habe, wieviel jeweils für Hard- und Software usw. vorgesehen sei und welche Schulen bzw. Institutionen die Mittel erhalten haben.

4. zur Wartung und Pflege von Hard- und Software: wie wolle die Stadt hier Unterstützung leisten? Bisher leisteten viele LehrerInnen diese Arbeit zusätzlich und kostenneutral im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten: entsprechend sei das Ergebnis.

5. zum Kindergartenmuseum: aus welchem Etat sollen die Kosten, die durch dieses Museum entstehen, finanziert werden?

Dr. Wolfgang Miede
(Vorsitzender)

Dr. Lothar Speer
(Fachbereichsleiter)

Barbara Hieronymi
(Schriftführerin)

Teilnehmerliste

Anwesend sind

Mitglied -CDU-

Herr Cüpper
Herr Dehler
Herr Heutz
Frau Holtzmann
Herr Köntje
Herr Nagelschmidt
Herr Willnecker

Mitglied/Sachkundige(r) Bürgerin -CDU-

Herr Neu
Frau Dr. Weil
Herr Zanders

Mitglied -SPD-

Kleine
Herr Dr. Miede
Herr Neu

Mitglied/Sachkundige(r) Bürgerin -SPD-

Frau Ziskoven

Mitglied -F.D.P.-

Frau Koshofer

Mitglied - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-

Frau Böhrs
Frau Scheerer

Mitglied -KID-

Herr Montua

Beratendes Mitglied

Herr Farber
Herr Dr. Hammer